

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gernuf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1533
Grosche Riesa Nr. 52.

Nr. 232.

Dienstag, 4. Oktober 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 5.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 20 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Silben) 1.50 Mark, Ortspreis 1.25 Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 50 Pf. Keine Taxen. Beviligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Um einen Ueberblick über die Zahl und die näheren Verhältnisse der Arbeiter-Rentner und sonst bedürftiger Einwohner in Gröba zu erhalten, werden am Mittwoch, den 5. Oktober, vorm. von 8—12 1/2 Uhr im Gemeindegemeindeamt, Zimmer Nr. 14, Vordrucke ausgegeben. Die Vordrucke sind genau auszufüllen und spätestens bis zum 7. Oktober im Ge-

meindeamt, Zimmer 14, wieder abzugeben. Alle Arbeiter-Rentner und sonstige bedürftige Einwohner werden hiermit aufgefordert, einen solchen Vordruck entgegenzunehmen. Or 56 a (Elbe), am 3. Oktober 1921.
Der Gemeindevorstand.

Clemenceau und Roblemaire.

Es ist etwas ungewöhnlich, daß man jemandem bei seinen Lebzeiten Denkmal setzt. Noch ungewöhnlicher aber ist es, wenn der Gefeierte bei der Denkmalsentheilung dann selbst große Reden hält, anstatt sich in die Verborgenheit zurückziehen. Von Herrn Clemenceau sind mir ja ungewöhnliches gemöhnt, und so hat also der „Tiger“ vorgefahren in St. Germaine in der Vendee, wo man ihn in Stein verewigt hat, eine große Rede gehalten, die von Angriffen gegen Deutschland froht. Er spricht von „Banditen von Veisig“, die im Triumph herumgetragen worden wären, während man ihre Opfer aussepfühen hätte, er spricht von Deutschlands Herrschaftsgelüsten und ähnlichen Dingen mehr. Sollte es ein Zufall sein, daß bei der Feier kein Vertreter der Regierung anwesend gewesen ist? Oder ist man sich in Paris endlich bewußt geworden, daß Clemenceau die Weltanschauung einer vergangenen Zeit vertritt?

Trotz alles Säkularismus des Herrn Generals Nollet, der wohl bemerkt noch immer an die großen Taten des „Tigers“ erinnern will, dürfen wir hoffen, daß die Stimmung des offiziellen Frankreichs heute doch etwas verchieden ist von der im November 1918, in der Clemenceau noch immer schweigt. Auch das französische Volk in seiner großen Mehrheit ist des ewigen Saders müde; man reißt sich nach dem Siegestrausch die Augen und sieht in einen Tag, der so gar nichts Feierliches mehr an sich hat. Wir wollen gern glauben, daß es Herrn Clemenceau nicht möglich ist, sein ganzes Denken und Fühlen so umzustellen, daß er die Forderung des Tages erkennt. Aber wir müssen vor den verantwortlichen Stellen in Frankreich erwarten, daß sie Mittel und Wege finden, zu verhindern, daß Herr Clemenceau immer noch Rufe der Brandstiftung in das Volk wirft. Es dürfte nicht schwer sein, ihm zu verstehen zu geben, daß sein Wirken zu Ende ist.

Gleichzeitig mit der Nachricht von Clemenceaus Angrißrede, kommt zu uns die Kunde von einer Rede des französischen Botschaftsdelegierten Roblemaire, dessen Anwesenheit in Genf offiziellen Charakter trägt, und von dessen Äußerungen wir insoweit annehmen müssen, daß sie bei der französischen Regierung Deckung finden. Es ist wohl das erste Mal seit dem Kriege, daß ein Franzose Worte der Anerkennung für die Tapferkeit der deutschen Truppen findet. Es ist wohl auch das erste Mal, daß ein Franzose es öffentlich auspricht, daß neben einem freien Frankreich ein freies Deutschland existenzberechtigt habe. In der schweizerischen und auch in der englischen Presse finden Roblemaires Worte bereits starken Widerhall, und besonders aus England lassen sich Stimmen vernehmen, die die Aufhebung der militärischen Sanktionen fordern.

Wieweit erfahren wir in den nächsten Tagen, wie man am Quai d'Orsay über die Rede denkt. Es wäre wirklich ein Anlaß einmal klar zu machen, daß seine ewigen Reden nicht dazu angetan sind, den Eindruck zu erwecken, daß man einem freien Deutschland das Recht zum Leben einräumen will. Man mühte weiter dazu kommen, die lächerliche Angst vor Deutschlands Rache, die ja in den meisten Fällen auch nur ein Vorwand für irgend welche Forderungen darstellt, zu begraben, und man mühte endlich auch einmal die wirtschaftlichen Bedingungen zur Debatte stellen, unter denen Deutschland überhaupt leben kann.

Möglichkeiten der Verständigung finden sich immer, und wenn Roblemaire die Ansicht auspricht, daß moralische Abrüstung wichtiger sei als die militärische, so wird ihm alle Welt darin beistimmen. Gerade Frankreich hat es aber bisher immer an gutem Willen für moralische Abrüstung allzusehr fehlen lassen. Dafür bietet Clemenceaus Rede das beste Beispiel. Wenn Roblemaires Verständigungsrede den Beginn eines neuen Aures anzeigen will — an uns soll es nicht fehlen. Wir wollen Frankreich zu gemeinsamer Arbeit gern und ohne Hintergedanken die Hand bieten, müssen dann aber voraussetzen, daß man auch uns gegenüber den bisher gezeigten Vernichtungswillen fallen läßt.

Eine Erklärung des Kapitän Ehrhardt.

Die München-Augsburger Abendzeitung erhält vom Korvettenkapitän Ehrhardt folgende Erklärung:
„Seit den Rapp-Tagen lebt von Zeit zu Zeit die Nachricht wieder, daß ich mich mit dem Plane eines neuen Vortages trage. Ich lege diesen Nachrichten keine Bedeutung bei, da ich sie für rein propagandistische Meldungen von linksradikaler Seite hielt. In letzter Zeit beginnen jedoch auch an verantwortlichen Stellen stehende Männer diesen Alarmnachrichten Glauben zu schenken, und es beginnt eine gewisse Verunsicherung Platz zu greifen. Ich erkläre deshalb:
1. Ich habe seit dem militärischen Rapp-Vortag kein Verhältniß, mich nochmals an einem so unvorhergesehenen planmäßigen Unternehmen zu beteiligen. Ich persönlich habe die Befehle von allen Beteiligten an den Folgen dieses verunglückten Vortages am meisten zu leiden gehabt.
2. Ich sehe ganz klar, daß ein neuer Vortag zum Scheitern verurteilt ist. Das Bürgerrecht ist zerfallen und unheilvoller denn je. Die Nachmittage des Staates sind im Vergleich zum März 1920 gesunkener. Die Führer denken nicht daran, ihr fideses Wort zu rüchtern.
3. Ich halte es für ein Verbrechen an der Nation, jetzt, wo viele Nothdurft besteht, unsere Wirksamkeit vor dem Zusammenbruch zu retten, indem durch Opfer die Erfüllung des Wunsches möglichst wird, durch einen Gewaltakt fähend aber gar vernünftig in diesen Prozeß einzugreifen.“

4. Eine Einsetzung meiner Person als Vortag, ganz gleich ob das Vaterland dabei in Gefahr geht, verbietet sich mir. Ich habe feierlich und tiefer Überzeugung, dem Vaterlande zu helfen, den großen Vortag mitzumachen. Was man mich noch so sehr anfeindet, verfolgen und verdrängen, nie werde ich zu etwas die Hand bieten, was unserem Volke zum Schaden gereichen könnte. Insbesondere bitte ich, mich endlich außerhalb der öffentlichen Diskussion zu lassen.
Ein Fingerzeig für die Regierung: Alle Männer, die verbannt fern der Heimat leben, sehnen sich nach ihr zurück und nach friedlicher Arbeit. Deshalb gewährt man sie ihnen nicht, wo sonst so viel armelirtet wird? Die Sorge um ihr Tun und Treiben wäre damit gegenstandslos.

Die Regierungsbildung im Reich.

Die getriggen interfraktionellen Besprechungen beim Reichskanzler Dr. Wirth über die Frage der Umbildung des Reichskabinetts haben noch kein positives Ergebnis gehabt. Die Aussprache drehte sich vor allem um die Hauptdifferenzen, die bekanntlich in der Auffassung über das Steuerproblem besteht. Im Zusammenhang damit nahm einen breiten Raum der Erörterung das Angebot der Industrie, der Bankwelt und der Landwirtschaft zur Beschaffung von Gold und Devisen für die Reparation ein. Es wurde beschlossen, daß der Reichskanzler Dr. Wirth nach der Rückkehr der leitenden Persönlichkeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie von der Münchener Tagung mit den Vertretern der Industrie, der Bankwelt und der Landwirtschaft erneut in Verhandlungen über das Angebot eintreten soll. Darauf wurde die Aufforderung der Mehrheitsfraktion, die an die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung und deren Antwort besprochen. Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitarbeit der Unabhängigen wurde weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen. In dieser Angelegenheit wird die Sozialdemokratie schriftlich eine Anfrage an die beiden anderen Koalitionsparteien richten, auf die diese dann mit einer schriftlichen Erklärung antworten werden. Auch die Deutsche Volkspartei soll über diesen Punkt befragt werden. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden darauf auf nächste Woche vertagt.

Die Besprechungen beim Ministerpräsidenten Stögerwald über die Frage der Regierungsbildung in Preußen haben ebenfalls kein positives Ergebnis gehabt. Es wurde beschlossen, daß jede Fraktion ihre Grundzüge für die weiteren Verhandlungen und ihre Forderungen an die künftige Regierungspolitik schriftlich formulieren soll. Darauf soll dann darüber in neuen Besprechungen der Fraktionsführer mit dem Ministerpräsidenten Stögerwald, die am nächsten Donnerstag stattfinden sollen, beraten werden.

Das Reichskabinet zum Wiesbadener Abkommen.

Das Reichskabinet beriet gestern über das Wieder- aufbauabkommen und sprach sich dem „Berliner Tageblatt“ zufolge nach einem Vortrag des Reichsministers Dr. Rathenau für die Ratifizierung des Abkommens aus. Heute vormittag wird sich der auswärtige Ausschuss des Reichstages mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die oberchlesische Frage.

Wie man in Genf von gut unterrichteter Seite berichtet, wird der Völkerrundrat seine Entscheidung in der oberchlesischen Frage am Sonnabend, spätestens am Sonntag bekannt geben.

Nationwiser Blättermeldungen zufolge wurden gestern zwei weitere Vertreter der oberchlesisch-deutschen Gewerkschaften nach Genf berufen. Auch der oberste polnische Volksrat hat drei Vertreter nach Genf entsandt.

Ungarn gibt nach.

Aus Wien wird unterm 3. Oktober gemeldet: Allem Anscheine nach werden die ungarischen Truppen das Burgenland heute räumen. Die interalliierte General-Kommission soll zum Schutze der Bevölkerung in Oedenburg bleiben und ein Bataillon in Odenburg unter dem Kommando eines französischen Offiziers als internationale Truppe dort gelassen werden. Auch der ungarische Bevollmächtigte Gegebues und der österreichische Bevollmächtigte General-Konrad Heim werden bis auf weiteres in Oedenburg bleiben. — Nach einer Meldung des ungarischen Telegraphen- und Korr.-Büros ist gestern nachmittag das auf die Uebergabe Westungarns bezügliche Protokoll von dem ungarischen Vertreter, dem General Gegebues, unterzeichnet worden. Damit sei auch das letzte Hindernis einer zwischen Oesterreich und Ungarn durch Vermittelung der italienischen und der tschechoslowakischen Regierung abzuschließenden Vereinbarung gefallen.

Die Botschafterkonferenz in Paris hat die Anregung der italienischen Regierung bei den alliierten Regierungen zur Kenntnis genommen, die Kabinette von Wien und Budapest zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Rom aufzufordern, um dort unter dem Vorherrsche der italienischen Minister des Auswärtigen ein Abkommen über die Frage der westungarischen Gebiete zu treffen. Die Konferenz hat den Vorschlag angenommen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Kommunistische Ausschreitungen in Erfurt. Während des Stiftungsfestes des Erfurter Stahlhelmbundes im „Rheinischen Hof“ drang Sonntag vormittag ein Haufe von Kommunisten ins Lokal ein und richtete im Saale schwere Verwüstungen an. Unter anderem warfen sie eine große Kaiserbüchse und Bilder durch Fenster auf die Straße. Von den Stahlhelmlenten wurden viele mißhandelt, zum Teil schwer. Im Aufschub daran veranfaleteten die Kommunisten einen Umzug mit roten Fahnen.

Tätlichkeiten zwischen Zivil und Reichswehr. Aus Augsburg wird gemeldet: Sonntag nacht kam es an der Ecke der Kaiserstraße und Kapuzinerstraße zwischen Zivilpersonen und Reichswehrangehörigen aus bis jetzt unauferklärter Ursache zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf zwei Zivilpersonen und drei Reichswehrangehörige durch Messerstiche erheblich verletzt wurden. Einer der Verletzten, ein Pflanzmonteur, ist nach Einlieferung in das Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. In der Neuburger Straße wurde ein Reichswehrsoldat von dem Händler Josef Brandel durch Stich in die rechte Brustseite schwer verletzt. Brandel wurde verhaftet.

Von der Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer in Breslau. In einem auf der Tagung beschlossenen Aufruf heißt es: Wir zu vielen Tausenden in der Wees-lauer Jahrhunderthalle versammelten, vom Bunde deutscher Bodenreformer und den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen, Berufsleute Männer und Frauen bekennen uns als Anhänger einer durchgreifenden Bodenreform und fordern demgemäß, daß jedem Mißbrauch mit der Heilmachtvolle als härteste entgegengetreten und damit der drohenden Verengung der volkserwerbenden Leistung aller Lebensnotwendigkeiten ein Ziel gesetzt werde. Die Reichsverfassung verleiht in Artikel 153 jedem Deutschen ein festes Recht an Heimatboden und erklärt das Anrecht der Volksgemeinschaft auf die Grundrenten. Diese Verheißungen sind bisher unerfüllt geblieben. Zur Erfüllung dieses unseres verfassungsmäßigen Grundrechts fordern wir: Zum 1. die schnelle Verwirklichung des vom ständigen Beirat für Heimatstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium aufgestellten Entwurfs eines Bodenreformgesetzes zum Schutze des deutschen Bodens gegen jeden Mißbrauch durch in- und ausländisches Spekulationskapital. Zum 2. die entschlossene Anwendung des Siedlungs- und Heimatstättengesetzes und eine schnelle Durchführung des sozialen Schutzes der Mieter, Wächter, Kleinbauern und Kleingärtner. Zum 3. eine durchgreifende des Kleinrentenbesitzer, aber den Großbesitz gerecht erfassende Grundrentensteuer, die anräumt mit allen noch immer gelehrt gebuldeten, ja geradezu geforderten Steuerbegünstigungen. Sie wird reiche Mittel erschließen für alle Kulturansgaben, ohne die Arbeit zu belasten und die Lebenshaltung zu ver-kümmern. Diese Forderung ist das Gebot der Stunde!

Zusammenschluß zwischen Arbeiter- und Angestelltenverbänden. Auf der General-Tagung der „Alo“ wurde über den Zusammenschluß der Angestelltenverbände mit den freien Gewerkschaften verhandelt. Der Zusammenschluß der Freien Arbeitergewerkschaften mit den Freien Angestelltenverbänden wurde beschlossen.

Der Mittelstand gegen die Steuerlasten. Die Vertreter des erwerbstätigen Mittelstandes versammelten sich am Sonntag vormittag im Wintergarten in Berlin zu einer Protestkundgebung gegen die drückenden Steuerlasten. Abgeordneter Professor Dr. Kredit unterzog die Steuerpolitik des Reiches und der Gemeinden einer scharfen Kritik. Abgeordneter Drexler forderte Steuererleichterungen für den Mittelstand und eine Reform der Umsatzsteuer. In einer Entschließung protestierte die Versammlung gegen die Erhöhung der Bahn-, Voh- und Telegraphengebühren, sowie die Umsatzsteuer, deren Umgestaltung im Sinne einer Schonung des Kleinhandels und Kleingewerbes gefordert wurde. Eine Abordnung soll dem Reichskanzler die Wünsche des gewerblichen Mittelstandes unterbreiten.

Zusolge des Streiks der Buchdruckergehilfen erscheinen von den Hamburger Zeitungen nur das „Echo“ und die „Volkszeitung“. Die übrigen Zeitungen geben ein Nachrichtenblatt der großhamburgischen bürgerlichen Tageszeitungen“ heraus.

Aufgehobenes Zeitungsverbot. Das ursprünglich auf 14 Tage bemessene Verbot der in Sonderhausen erscheinenden deutschnationalen Tageszeitung „Der Deutsche“ ist nach acht Tagen wieder aufgehoben worden.

Noch 63 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft. Aus Mannheim wird gemeldet: Sonntag nacht 11 Uhr ist nach fünfjähriger Gefangenschaft der deutsche Kriegsgefangene Goldammer aus Avignon zurückgekehrt. Goldammer hat sich besondere Verdienste dadurch erworben, daß er in Avignon einen Hilfsauschuss für die deutschen Kriegsgefangenen gebildet hat, dem es gelungen ist, die Lage der unglücklichen Deutschen wesentlich zu verbessern. Und in dem früher berückichtigten Lager Cuers sind die Zustände besser geworden. Insgeamt befinden sich noch 63 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft, ferner 7 Angehörige von früher verbündeten westlichen Ländern. Goldammer hofft, daß diese Unglücklichen begnadigt werden.

Unfalllich des Ablebens des Herzogs zu Württemberg wurde seitens der württembergischen Regierung an die Herzogin Charlotte zu Württemberg ein Beileidstelegramm abgefaßt, in dem es u. a. heißt: „Niemals wird in den Herzen der Württemberger die dankbare Erinnerung aus-“